

Rassismus im linken Schafspelz

Am 15. November 1997 fand in Duisburg-Marxloh eine Demonstration gegen Polizeübergriffe auf linke kurdische und türkische Kulturvereine statt. Die Teilnahme an dieser Demonstration fiel insgesamt zu niedrig aus, vor allem in der deutschen Linken blieb die Resonanz weit hinter der politischen Bedeutung der Demonstration zurück. Die meisten vorgeblich revolutionären Gruppen und breite Teile der antirassistischen und antifaschistischen Linken glänzten einfach durch Ignoranz und Abwesenheit. Besonders erwähnt sei hier allerdings die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), die sich offen gegen eine solche Demonstration ausgesprochen hatte, da sie angeblich nur Haß zwischen Deutschen und Türken schüre. Ganz der herrschenden Logik folgend stand für die MLPD fest: Nicht die rassistische bürgerlich-demokratische Staatsgewalt, sondern die Gegenwehr der Opfer schürt den Rassismus. Das maoistische Schöpfen aus den Massen erwies sich einmal mehr als die bloße Orientierung an den rückständigsten Schichten der Arbeiterklasse. Mit festem Blick auf diesen rassistischen Teil des deutschen Proletariats empfahl die MLPD Leserbriefe und Infostände als beste Mittel gegen seit Jahren anhaltende, regelmäßige und brutale Polizeübergriffe. Entschieden trat und tritt die GS solchen Versuchen entgegen, die Verteidigung gegen die staatliche Unterdrückung auf impotente Aufklärungsarbeit zu beschränken. Die Staatsgewalt läßt sich von Gardinenpredigten an die "demokratische Öffentlichkeit" nicht beeindrucken. Rassistischen Vorurteilen gegen den politischen Protest und Kampf von ImmigrantInnen in Deutschland begegnet man nicht, indem man davor zu Kreuze kriecht, sondern dadurch, daß man in der Linken und Arbeiterbewegung die Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten für alle ImmigrantInnen konsequent verbreitet und verankert. Dies ist nur möglich, wenn RevolutionärInnen - anders als die MLPD - einen entschiedenen Kampf gegen alle Formen der reformistischen Ideologie und Bürokratie (inklusive der PDS) führen, die zwangsläufig das Gift des Nationalismus und Rassismus in die Arbeiterbewegung tragen.

Aktions- oder Propagandaeinheit - Taten oder Worte?

Aktionseinheiten der Linken und Arbeiterbewegung, einschließlich der Bildung von Aktionskomitees, bieten eine Möglichkeit, trotz existierender politischer Differenzen, die verschiedenen Kräfte zu bündeln und mit vereinten Kräften eine breite Mobilisierung für eine konkrete Aktion und deren erfolgreiche Durchführung zu gewährleisten. Versuche, in wortreichen gemeinsamen Erklärungen und Aufrufen über die bestehenden Differenzen hinwegzutäuschen, gefährden dieses Ziel genauso wie das Bestreben, bestimmte politische Analysen und Einschätzungen zur gemeinsamen Grundlage der Aktionseinheit zu machen. Im Gegenteil: Jede an der Aktionseinheit beteiligte Organisation muß die Möglichkeit haben, ihre eigene Propaganda, einschließlich der Kritik an den anderen Bündnispartnern, zu verbreiten. Jeder Versuch einer gemeinsamen Propaganda ist sektiererisch und schadet der Effektivität der Aktion. Auf diese Weise werden all jene Kräfte ausgeschlossen, die zwar an der Durchführung der gemeinsamen Aktion interessiert sind, die allerdings die Bündnispositionen weder politisch unterstützen noch verteidigen wollen. Darüber hinaus zeigte das Beispiel des Marxloher Aktionskomitees auch, daß der Versuch, gemeinsame politische Erklärungen auszuhan-

deln, unnötig Zeit und Kräfte kostet, die nachher für die effektive Mobilisierung fehlen.

Auf der Grundlage "Getrennt marschieren, vereint schlagen" hat die GS in dem Marxloher Aktionskomitee gegen Politische Kriminalisierung mitgearbeitet. Nachdem sich allerdings eindeutig abzeichnete, daß die Mehrzahl der anderen beteiligten Organisationen - entgegen unserer Interventionen - an der Notwendigkeit gemeinsamer politischer Erklärungen festhielt, die dann auch noch bürgerlich-demokratische Illusionen verbreiteten, haben wir konsequenterweise das Aktionskomitee verlassen und mit unseren eigenen Kräften für die Demonstration mobilisiert (s. Reprint auf S. 6).

Von demokratischen Illusionen zum Sozial-Chauvinismus

V.a. der Bund Internationaler Kommunisten (BIK), deutsche Sektion der Internationalen Leninistischen Strömung, sowie die beteiligten türkischen Organisationen setzten Erklärungen als Grundlage des Bündnisses durch, die im klaren Widerspruch dazu standen, den bürgerlich-demokratischen Rechtsstaat als rassistischen Klassenstaat anzugreifen. So ist in der Presseerklärung des Bündnisses u.a. zu lesen, daß es "keinerlei Motiv" für ein derart "undemokratisches" Vorgehen seitens der Polizei gebe, der dann auch noch "eine grobe Verletzung demokratischer Grundrechte" vorgeworfen wird. Der Demo-Aufruf des Bündnisses konstatiert: "Das Vorgehen der Polizei verstößt gegen jede Rechtsgrundlage". Hier treten die Illusionen der diversen Bündnisorganisationen in die bürgerliche Demokratie sowie den Charakter ihrer Ordnungsmacht und des bürgerlichen Rechts offen zutage.

Es ist für den notwendigen Kampf gegen die staatliche Unterdrückung schädlich, verfassungstreu zu lamentieren:

"Es kann nicht angehen, daß die Polizei auf unbestimmte Verdachtsmomente hin Vereinslokale überfällt, teilweise sogar ohne Durchsuchungsbefehl" (*Presseerklärung*). Es ist naiv darauf zu vertrauen: "Die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten ist ein gemeinsames Anliegen aller Demokraten" (*Demo-Aufruf*).

Dem konnte sich die Polizei im Sinne der real existierenden kapitalistischen Demokratie nur anschließen. In einer Pressekonferenz zwei Tage vor der Demonstration erklärte die Duisburger Polizeiführung, daß sie mit ihren Maßnahmen die geltenden demokratischen Rechte und Freiheiten keineswegs willkürlich, sondern wohlbegründet verteidige und warf den linken kurdischen und türkischen Kulturvereinen illegalen Waffenbesitz und kriminelle Verwicklung in Glücksspiel, Prostitution und Drogenhandel vor. Das war natürlich ein Schlag für die linken Ritter des Grundgesetzes im Aktionskomitee gegen Politische Kriminalisierung.

Dem BIK reichte es nun nicht, einfach auf die mangels Beweisen juristische Haltlosigkeit solcher Behauptungen hinzuweisen, er ging den Weg der Anbiederung an den Rechtsstaat konsequent bis zum bitteren sozial-chauvinistischen Ende: Auf der Demonstration wurde von einem Genossen des Bundes Internationaler Kommunisten im Namen des Aktionskomitees in einer mehrfach wiederholten Rede gesagt, man habe nichts gegen Polizisten, die in Marxloh Streife laufen und halte das Vorgehen der Polizei gegen illegalen Waffenbesitz für gerechtfertigt. Protestiert wurde in dieser Rede lediglich gegen das "willkürliche", "illegale" und "undemokratische" Vorgehen "einiger" Polizisten

gegen demokratische Kulturvereine. Doch nicht genug damit: Die Hüter der bürgerlich-demokratischen Ordnung wurden darüberhinaus aufgefordert, "endlich" gegen Hütchenspieler und Drogendealer vorzugehen, denn schließlich solle Marxloh entkriminalisiert und wieder bewohnbar werden. Das Ganze wurde abgerundet durch das Klagegeld über die unsoziale Verschwendung von Steuergeldern und darüber, daß die Politik Marxloh vernachlässige. Solche Sprüche sind eines Gerhard-"Weniger Ausländer, mehr Bullen"-Schröder würdig, für KommunistInnen sind sie untragbar.

Bei zahlreichen türkischen, kurdischen und deutschen DemonstrationsteilnehmerInnen löste dieses rassistische Halali zur Kriminalisierungsjagd Empörung aus. Als wir u.a. die GenossInnen der Spartakist Arbeiterpartei Deutschland (SpAD) darauf ansprachen, mit uns gemeinsam gegen

diese Rede zu protestieren, zogen diese es vor, sich von der Demo zu verabschieden. Vielen Dank GenossInnen für diesen praktizierten Anti-Rassismus! Die allenthalben laut moralisierend geäußerte Empörung der SpAD über Rassismus gerade auch in der Linken verliert jede Glaubwürdigkeit, wenn die GenossInnen praktisch bereit sind, den rassistischen Sprücheklopfern tatenlos das Feld zu überlassen.

Doch auch ohne die SpADler ist es uns gelungen, zusammen mit Genossen vom Aktionskreis Kommunistische Politik (AKP, s. auch unsere Kritik in *BOLSCHEWIK* 9), Mitgliedern der Alternativen Liste von der Duisburger Gesamthochschule und Antifas gegen diese rassistische Hetze vorzugehen. Mit der Losung "Keine Illusionen in Staat und Polizei!" gelang es, die sozialchauvinistischen Sprüche zunächst zu übertönen und schließlich zum Schweigen zu bringen.

BOLSCHEWIK 4

Gruppe Spartakus

Extra Oktober 1997

Nazi-Treffen durch Aktionseinheit verhindert!

Am Samstag abend, den 27. September, wurde in Duisburg-Großenbaum durch eine entschlossene antifaschistische Aktion ein Treffen von Nazis aus verschiedenen Teilen Deutschlands erfolgreich aufgelöst. Nach Angaben des "Nationalen InfoTelefons (NIT) Rheinland" hatten sich dort ca. 80 AktivistInnen und Kader der militanten rechten Szene im Hinterraum einer Gaststätte versammelt. Unter ihnen befand sich der ehemalige FAPler und DA-Spitzenfunktionär Michael Thiel. Nach einer halben Stunde war die faschistische Zusammenkunft durch die AntifaschistInnen beendet. Die Aktion konnte erfolgreich vor dem Eintreffen der Polizei abgeschlossen werden. Zu glauben, daß damit nachfolgende staatliche Repressionen gegen die Linke ausgeschlossen seien, halten wir allerdings für eine gefährliche Illusion.

Das "NIT Rheinland" verbreitete prompt, daß es für solche anti-faschistischen Aktionen Vergeltungsmaßnahmen seitens der Nazis geben "müßte". Faschisten stehen u.a. für Terror gegen ImmigrantInnen und Linke. Dieser Terror kann nur verhindert werden, wenn sich die Linke und Arbeiterbewegung ihnen entschlossen mit dem Ziel der Zerschlagung der Nazi-Banden entgegenstellen. Aktionen wie in Berlin-Hellersdorf oder jetzt in Duisburg-Großenbaum sind beispielhaft dafür, daß die Linke durchaus auch aktuell in der Lage ist, sich den Faschisten erfolgreich entgegenzustellen. In politischer Hinsicht sind vor allem zwei Aspekte zu betonen:

Erstens, die militante anti-faschistische Orientierung, die auf Verhinderung der Nazi-Treffen zielt. Nur so ist den Faschisten wirksam entgegenzutreten. Die Aktion in Duisburg zeigte, daß dies nicht nur wünschenswert, sondern - auch "in Windeseile" (WAZ 30.9.97) - machbar ist.

Eine Beschränkung auf das öffentliche Outen von faschistischen Kadern, eine politische Orientierung auf humanistisch-demokratische Aufklärung in der Öffentlichkeit oder gar Appelle an Staat und Polizei, gegen die Nazis vorzugehen, stehen dem jedoch im Wege.

Zweitens ist es notwendig, daß die deutsche Linke und linke ImmigrantInnen und GewerkschafterInnen gemeinsam kämpfen. Die Aktion in Duisburg war u.a. deshalb erfolgreich, weil sie von Linken verschiedener Nationalität

integriert durchgeführt wurde.

Trotz verschiedener politischer Ansichten, ideologischer Differenzen und getrennter Organisationen sind Aktionseinheiten der Linken und Arbeiterbewegung eine gute und notwendige Basis für weitere Kampferfolge. Getrennt werden wir geschlagen, vereint in der Aktion sind wir stark. Unter Beibehaltung der Freiheit der Kritik und Diskussion gilt es, getrennt zu marschieren und vereint zu schlagen!

Die linken Organisationen der ImmigrantInnen stellen mit ihrer proletarischen Basis zudem eine wichtige Verbindung zur Arbeiterklasse in Deutschland dar. Dies ist deshalb so bedeutend, weil letztlich nur die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse den Faschismus und seine Wurzel, den Kapitalismus, endgültig besiegen kann. Dazu bedarf es einer revolutionären Arbeiterpartei, für deren Aufbau die Gruppe Spartakus eintritt.

Volle Staatsbürgerrechte für alle ImmigrantInnen!

Wer aber erfolgreich gemeinsam kämpfen will, darf der staatlichen Diskriminierung von Menschen ohne deutschen Paß nicht im Geringsten gleichgültig gegenüberstehen. Daher ist die Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten, d.h. nach vollen politischen und sozialen Rechten für alle ImmigrantInnen, eine dringend notwendige Forderung. Als KommunistInnen sind wir der entschlossenen Verteidigung demokratischer Rechte verpflichtet und sehen in ihnen einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft. Allein der Sozialismus bietet die Grundlage, demokratische Rechte garantieren zu können.

Nun sind die ImmigrantInnen und ihre linken Arbeiter- und Kulturvereine in besonderem Maße staatlicher Repression ausgesetzt. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle - ein Erfolg der Repression gegen die kurdische und türkische Linke wird den Staat ermuntern, auch gegen andere Linke vorzugehen.

Es ist daher die politische Pflicht der Gewerkschaften und aller Anti-FaschistInnen und Anti-RassistInnen, diese ImmigrantInnenorganisationen gegen Angriffe des bürgerlichen Staates zu verteidigen. Auch hier ist gemeinsames, integriertes Handeln gefragt.

**Kommt deshalb alle zur Demonstration gegen die
Polizeiübergriffe auf kurdische und türkische
Kulturvereine.**

Wann: Samstag, 15. November 1997, 11.00 Uhr

Wo: Duisburg-Hamborn Amtsgericht/Altes Rathaus

(Straßenbahn 903 ab Duisburg-HBf Richtung Dinslaken ca. 25 min.)